

«Es braucht eine kantonale Einheits-Krankenkasse»

Die Plattform J präsentiert bis zu den Wahlen vom 29. März täglich eine Kandidatin oder einen Kandidaten für den Grossen Rat. Heute kommt Christa Ammann aus Bern für die AL zu Wort.

von Redaktion



Christa Ammann aus Bern will für die AL erneut in den Grossen Rat einziehen.

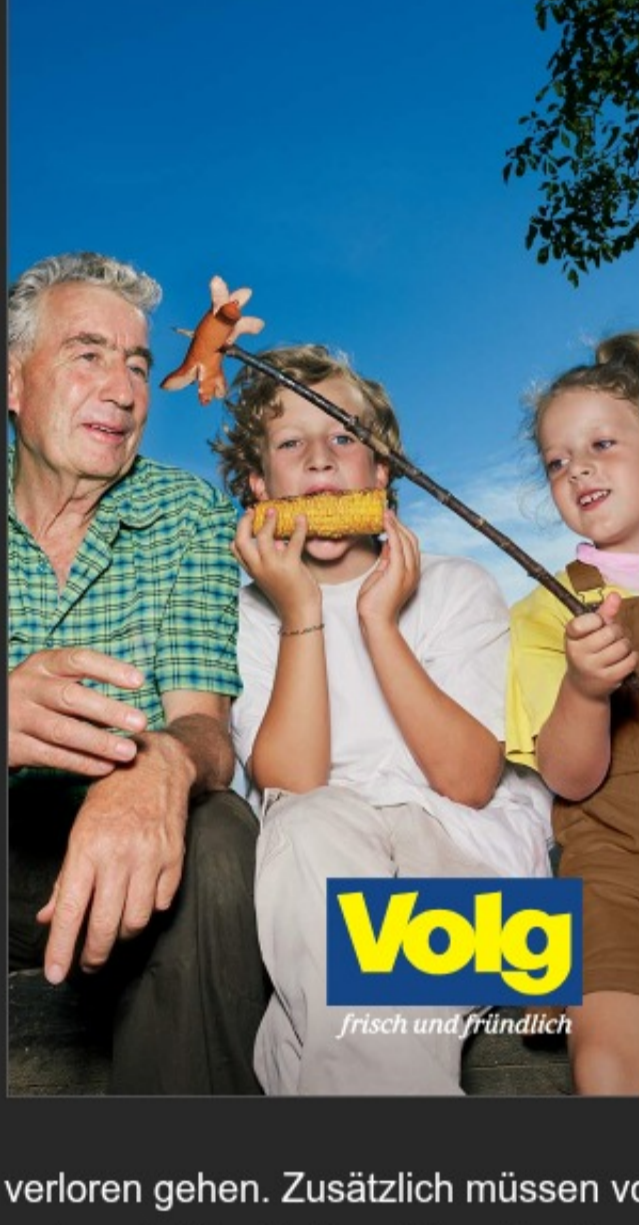
Foto: zvg

Warum wollen Sie erneut in den bernischen Grossen Rat?

Christa Ammann: Weil die politische Grosswetterlage dringend lokale, linke, politische Visionen und Antworten benötigt.

Spüren Sie einen Stadt-Land-Graben im Kanton Bern?

Ein Handwerker vom Land und eine Handwerkerin aus der Stadt haben viel mehr Gemeinsamkeiten als eine Ärztin und ein Sexarbeiter vom Land. Und vielleicht haben dann doch die Ärztin und der Sexarbeiter biografisch mehr Gemeinsamkeiten, weil der Sexarbeiter auch über ein Diplom als Arzt verfügt, dieses in Bern aber kaum ökonomischen Wert hat, weil es aus der Dominikanischen Republik stammt. Ich sehe vor allem Gräben aufgrund von Klassenzugehörigkeit: Wenn wir zum Beispiel als Parlament über ein Sozialhilfegesetz entscheiden, das negativ-einschneidend ist für Armutsbetroffene, öffnet sich für mich ein Graben. Viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind nicht bereit, sich in andere Lebenswelten, insbesondere von prekarierten Menschen, hineinzusetzen.



Was tun Sie für die Landbevölkerung?

Ich wurde zwar in der Stadt Bern gewählt und mein heutiger Alltag ist städtisch geprägt. Sozialisiert worden bin ich aber auf dem Land. Ich versuche, meine Privilegien zu nutzen, um Privilegien möglichst abzuschaffen oder mindestens zu teilen und politisch etwas mit und für Menschen zu bewegen, die weniger privilegiert sind als ich. Da ist weder die Kategorie «Stadt» noch «Land» sehr prägend. Lokal handeln und global denken, heisst im kantonalen Parlament nicht Wahlkreispolitik zu betreiben. Dazu ist der Kanton Bern schlicht zu winzig.

Der Kanton Bern gilt im nationalen Vergleich als Steuerhölle. Wo würden Sie sparen, um Steuern zu senken?

Ich glaube nicht an die Hölle, auch nicht im Bereich der Finanzpolitik. Im Kanton Bern werden vor allem tiefe Einkommen viel zu stark besteuert. Das heisst, dass bei den Privatpersonen die Progression angepasst werden muss, aber ohne dass Steuereinnahmen verloren gehen. Zusätzlich müssen vor allem Vermögen viel stärker besteuert werden und auch Erbschaften. Ein guter Service public ist mir wichtig, deshalb braucht es genügend Steuereinnahmen. Der Fokus einer nachhaltigen Steuerpolitik muss also auf dem Bedarf der Bevölkerung liegen und nicht in der Wettbewerbslogik und der Bewirtschaftung von irgendwelchen sprachlichen Schaumschlägereien.

verloren gehen. Zusätzlich müssen vor allem Vermögen viel stärker besteuert werden und auch Erbschaften. Ein guter Service public ist mir wichtig, deshalb braucht es genügend Steuereinnahmen. Der Fokus einer nachhaltigen Steuerpolitik muss also auf dem Bedarf der Bevölkerung liegen und nicht in der Wettbewerbslogik und der Bewirtschaftung von irgendwelchen sprachlichen Schaumschlägereien.

Im Kanton Bern werden Geburtenabteilungen in Spitälern geschlossen und Sparmassnahmen umgesetzt. Gleichzeitig steigen die Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien für die Bevölkerung. Was muss sich im Gesundheitswesen und in der Gesundheitspolitik ändern, um diese Entwicklung zu korrigieren?

Es braucht eine kantonale Einheits-Krankenkasse, um einen wesentlichen Treiber der steigenden Prämien loszuwerden. Gleichzeitig braucht es mehr Förderung von ambulanten Angeboten und auch von Geburtshäusern. Auch die Debatte, welche Angebote zur Grundversorgung gehören und somit in allen Spitälern angeboten werden sollen, muss in der Gesellschaft geführt werden. Gleichzeitig kann es nicht sein, dass in anderen Ländern die Gesundheitsversorgung deutlich schlechter ist, weil wir die Arroganz haben, Fachkräfte abzuwerben, um unseren Standard zu halten. Das ist kein solidarisches Verhalten, weil nur lokal geschaut wird und nicht global gedacht.

Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt ist nicht möglich

Christa Ammann
Grossratskandidatin der AL
Bern



Sollen randalierende Fussballfans härter angepackt werden?

Es ist grundlegend falsch, wenn gefordert wird, dass die Polizei, die das Gewaltmonopol hat, «härter anpacken» soll. Im Idealfall unterscheidet sich die Erwartung an und das Selbstverständnis von Polizei und Justiz vom Bild «wir prügeln zurück», das in diesem Sprachbild inbegriffen ist. Mir ist die Frage nach der Ursache von Gewalt, Lust an der Gewaltausübung und nach politischen Antworten in der Prävention viel wichtiger. Und dort blockt die bürgerliche Politik. Prävention, nicht nur im Bereich Gewalt, sondern auch bei der Gesundheit, Armutsbekämpfung und Frühförderung, ist völlig unterfinanziert. Meine Rolle sehe ich auch im Blick für strukturelle und staatlich-missbräuchliche Gewaltausübung. Aber auch da blockt das bürgerliche Parlament, zum Beispiel bei der Ombudsstelle.

Energiepolitik: Atomstrom oder Windräder/Stauseen?

Atomstrom ist eine ökologische Katastrophe, die Atom-Lobby verschweigt immer wieder bewusst die massiv schädlichen Auswirkungen vom Uran-Abbau und die unbeantwortete Frage der Endlager-Standorte. Neben den genannten Windrädern und Stauseen muss auch der Solarstrom ausgebaut werden. Insgesamt müssen wir aber vor allem auch dringend den Verbrauch von Energie senken und Rebound-Effekte senken.

Was ist zu tun, damit der Kanton Bern den Anschluss an die Wirtschaftskantone Zürich, Basel-Stadt und Zug nicht verliert?

Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt ist nicht möglich. Es geht also nicht darum, sich der Wettbewerbslogik zu unterwerfen, sondern nachhaltige Alternativen abseits der kapitalistischen Logik aufzubauen. Kreislaufwirtschaft und vor allem Ansätze der Décroissance müssen konkretisiert, gefördert und implementiert werden. Der Fokus muss auf der Frage «wie viel ist genug und ökologisch und sozial verträglich?» liegen nicht auf der sinnentleerten Floskel «ich will auch mehr und mehr und mehr».

Was konnten Sie als Grossrätin bereits bewegen?

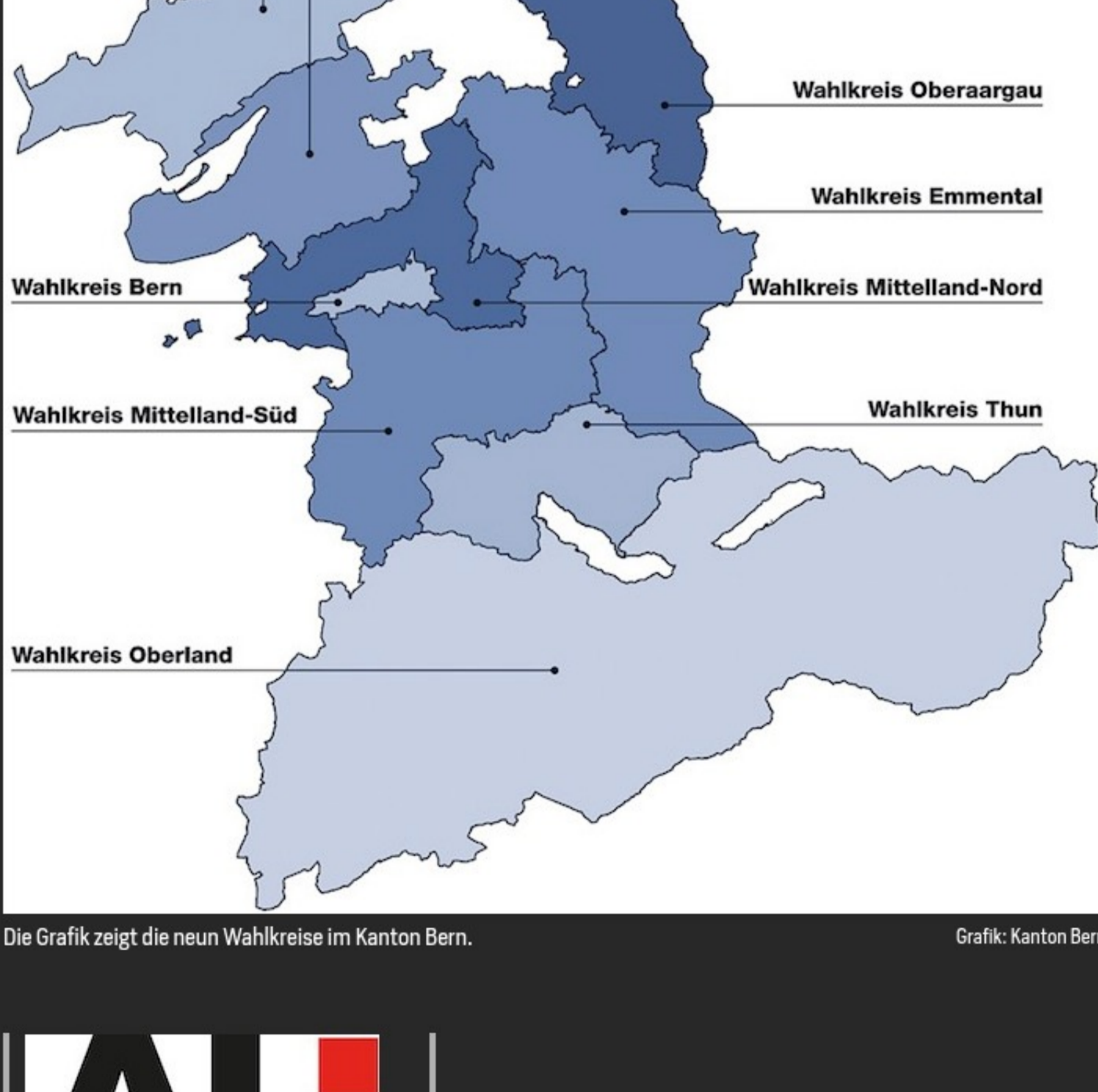
- Die Stimmbevölkerung wird über die Möglichkeit, dass Gemeinden ein Ausländerinnen- und Ausländer-Stimmrecht einführen können, entscheiden können.
- Der Grosse Rat muss ein Stellvertretungssystem für Mutterschaftsvertretungen ermöglichen. Das ist ein wichtiger Schritt für die Gleichstellungspolitik und die Vereinbarkeit von Familie, Politik und Beruf.
- Die Polizei muss immer wieder Rechenschaft ablegen zu Gummischrot-Einsätzen, der Verhältnismässigkeit von ihren Einsätzen oder auch zur Eignung ihrer Hunde.
- Der Kanton und die Uni Bern müssen sich immer wieder öffentlich mit Alternativen zu Tierversuchen beschäftigen.

Was ärgert Sie und was freut Sie?

Freude: Wenn es gelingt, die Welt ein klein wenig gerechter zu machen.
Ärger: Ausschluss, Abwertung, Rassismus und bürgerliche, unsolidarische Steuer- und Finanzpolitik.
Luftsprünge: Wenn es gelingt, Privilegien abzuschaffen.

Zur Person

Vorname, Name (Alter): Christa Ammann (43)
Partei: AL
Wahlkreis: Stadt Bern
Wohnort: Bern
Beruf: Sozialarbeiterin
Aktuelle politische Ämter: Grossrätin, Mitglied Justizkommission
Verbände/Vereine/Mandate: Xenia, Fachstelle Sexarbeit / VPOD NGO/ Avenir Social



Die Grafik zeigt die neun Wahlkreise im Kanton Bern.

Grafik: Kanton Bern

AL
ALTERNATIVE LINKE BERN

Alternative Linke-
Postfach 504
3018 Bern
Telefon 031 961 12 33